

Landkreis Osterholz
Frau
Heike Schumacher
Kreishaus

Bernd Rugen
Fraktionsvorsitzender

Böschensweg 5
27726 Wörpswede
Telefon 04792 952185

b.rugen.dielinke@googlemail.com
www.linksfraktion-ohz.de

07. August 2013

Zur nächsten Kreistagssitzung beantragen wir, DIE LINKE, den Tagesordnungspunkt Strategische Leitlinie der ProArbeit für zumutbare Arbeit unter Beachtung eines Mindestlohnes aufzunehmen.

Dazu beantragen wir vom Kreistag zu beschließen:

Die Vertreter des Landkreises Osterholz in dem Verwaltungsrat der ProArbeit werden aufgefordert darauf hinzuwirken, dass bei der Bestimmung der Zumutbarkeit von aufzunehmender Arbeit nach § 2 SGB II (Grundsatz des Forderns) nur solche Arbeiten von den Arbeitssuchenden aufgenommen werden müssen, die einen Mindestlohn von 8,50 € brutto pro Stunde nicht unterschreiten.

Begründung:

Schon nach bestehender Rechtslage kann von Erwerbslosen nicht erwartet werden, dass sie Arbeitsbedingungen akzeptieren, die auf sittenwidrigen Löhnen beruhen. Diese werden allgemein angenommen, wenn sie 30 oder 33 % unter dem jeweiligen Tariflohn oder ortsüblichem Entgelt liegen (BGH NJW 1997, 2689). Es gibt aber nicht für alle Bereiche Tariflöhne. Arbeitsübliche Entgelte sind auch manchmal schwer zu ermitteln. Es besteht deshalb das dringende Bedürfnis eine untere Lohngrenze zu bestimmen, deren Unterschreitung von keinem Erwerbslosen verlangt werden kann.

Auf Grund der aktuellen Diskussion um einen gesetzlichen Mindestlohn wird hier die Forderung der Gewerkschaft ver.di sowie SPD und Grüne von 8,50 € als angemessener Grenzbetrag angenommen. In anderen Ländern der EU gibt es längst einen gesetzlichen Mindestlohn. Dieser beträgt in England 7,63 €, in Frankreich 9,43 €, in den Niederlanden 9,07 €, in Belgien 9,10 € und in Luxemburg sogar 10,83 €. Der Verwaltungsrat der Pro Arbeit ist für die strategischen Leitlinien im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben zuständig. Die hier beantragte Regelung wäre so eine strategische Leitlinie.

Das Gesetz bestimmt eine untere Lohngrenze für die Zumutbarkeit gegenwärtig nicht.

Mit freundlichsten Grüßen

Bernd Rugen, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE.